

Das Land denen, die es bewirtschaften

Aufruf an die Internationale Agrarminister:innenkonferenz

Berlin, den 22. Januar 2022

Trotz Corona Pandemie sind wir Bäuerinnen und Bauern erneut und zum zwölften Mal in Folge mit unseren Treckern zur „Wir haben es satt“-Demonstration und zum *Global Forum for Food and Agriculture (GFFA)* nach Berlin gekommen, um zusammen mit der Zivilgesellschaft für eine sozial gerechte, umwelt- und klimaschonende Landwirtschaft zu demonstrieren – in dem Rahmen, den die Pandemie aktuell zulässt. Wir haben uns erneut auf den Weg gemacht, denn wir sind in großer Sorge um unsere Betriebe und die Betriebe unserer Kolleg:innen weltweit. Immer mehr von uns verlieren das Land, von dem sie leben und auf dem sie arbeiten, um unser Essen anzubauen. Immer mehr Betriebe in Europa geben auf – für junge Menschen wird eine Betriebsübernahme immer schwieriger. Die Arbeitsbedingungen – sowohl der Bäuerinnen und Bauern aber auch der Angestellten und Saisonarbeitskräfte sind zum Teil unsozial. Auch die Verschärfung der globalen Ernährungskrise in Folge der Corona-Pandemie treibt uns auf die Straße.

Das diesjährige GFFA-Thema „Nachhaltige Landnutzung und Boden“ weckt weltweit große Erwartungen

Bäuer:innen weltweit erwarten vom GFFA neue Initiativen für ein entschiedenes Vorgehen gegen Landgrabbing und für Landreformen. Eine gute Ausgangslage dafür ist, dass der Welternährungsausschuss (CFS) und die dort – mit Unterstützung von Deutschland – erarbeiteten „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“ (VGGT) prominent im Programm des GFFA verankert sind. Die Agrarminister:innen müssen auf dieser Basis gezielte multilaterale Initiativen im CFS und bei der FAO zum zehnjährigen Jubiläum der VGGT starten – und dies entsprechend in ihrem Abschlusscommuniqué verankern. Denn wir benötigen dringend einen Schub für die Umsetzung der VGGT – hier und weltweit.

Die derzeitige Lage ist für Millionen von Bäuer:innen und Menschen, die auf dem Land leben und arbeiten, besorgniserregend. Die Corona Pandemie hat ihre Ernährungs- und Einkommenssituation dramatisch verschlechtert und Landgrabbing weiter Vorschub geleistet, weil viele Proteste unterbunden wurden und viele Bäuer:innen ihr Land nicht betreten konnten. Weltweit warten Bäuerinnen und Bauern ungeduldig darauf, dass endlich ein globaler Prozess gestartet wird, der die Bauernrechtserklärung der Vereinten Nationen (UNDROP) umsetzt und ihre Rechte verwirklicht. Das Recht auf Land als Kernelement der UNDROP gehört ganz oben auf die Agenda des GFFA und der Staatengemeinschaft – für Bäuerinnen und Bauern weltweit. Denn auch in Deutschland und der EU geht das Höfesterben unvermindert weiter.

Zugang zu Land für bäuerliche Betriebe - auch in Deutschland und Europa sicherstellen!

Der Erhalt möglichst vieler und vielfältiger landwirtschaftlicher Betriebe ist ein Wert an sich. Ebenso ist eine breite Streuung von Grund und Boden ein weitgehend unstrittiges und über Parteigrenzen hinweg gefordertes agrarpolitisches Ziel. Gerade für junge Menschen, die sich in der Landwirtschaft eine Existenz aufbauen möchten, ist der Zugang zu Land eine oft unüberwindbare Hürde. Fakt ist zudem: Acker und Grünlandflächen werden in Deutschland und in Europa zusehends zum Spekulationsobjekt außerlandwirtschaftlicher Investoren. Die niedrigen Zinsen sowie die Fördermittel aus der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ der EU (GAP) verstärken diese Situation. Eine zunehmende Landkonzentration sowie kontinuierlich steigende Kauf- und Pachtpreise, die vielfach aus der landwirtschaftlichen Urproduktion nicht mehr erwirtschaftet werden können, sind die Folge.

Was bedeutet dies in der Praxis? Laut Bundeslandwirtschaftsministeriums sind die Preise für Ackerland alleine in den letzten 15 Jahren um 193 Prozent gestiegen. Große Versicherungskonzerne und Lebensmitteldiscounter wie ALDI besitzen tausende Hektare landwirtschaftliche Nutzfläche und alleine von 2007 bis 2016 haben rund zwei Prozent der deutschen Acker- und Grünlandflächen in Form von Anteilskäufen (Share Deals) den Eigentümer gewechselt, ohne dass hierbei Grunderwerbssteuer geflossen ist. Diese Situation durchleben viele unsere Kolleg:innen weltweit leider noch viel drastischer. Sie sind dem Landgrabbing und der Finanzialisierung von Land noch schutzloser ausgeliefert. Der Trend des Landgrabbing und der Landvertreibung hält an.

Deutschland trägt zur Finanzialisierung von Land bei

Angesichts dieser ungebrochenen Trends ist die geplante Einführung einer Aktienrente in Deutschland durch die neue Bundesregierung für die eine Milliarde Menschen, die laut Hintergrundpapier des GFFAs fürchten, in den nächsten fünf Jahren von ihrem Land vertrieben zu werden, eine schlechte Nachricht. Es droht eine weitere fatale Spirale der Finanzialisierung von Renten, Land und von globalen Ernährungssystemen. Die Liste von Landgrabbing-Fällen durch Pensionsfonds und Rentenkassen ist lang und darf nicht noch länger werden.

Auch deutsche Investoren leisten bereits heute ihren Beitrag zur Verschärfung der Problematik. So ist die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe (ÄVWL) mit 80 Millionen Euro an einem Fonds des US-Investors TIAA beteiligt, der weltweit Land aufkauft. Mit dem Geld der ÄVWL wurden unter anderem 133.000 Hektar Land in Brasilien – vor allem für den Anbau von Gentechnik-Soja – aufgekauft. Erst kürzlich wurde nach vielen Beschwerden der Erwerb des Landes von brasilianischen Behörden für illegal erklärt. Eine Rückgabe des Landes ist aber nicht erfolgt.

Auch die deutsche Entwicklungspolitik mischt bei der weltweit weiter zunehmenden Landkonzentration in den Händen weniger Investoren und Finanzunternehmen weiter mit. Die deutsche Entwicklungsbank DEG ist mit 15 Prozent am zweitgrößten Landbesitzer Paraguays beteiligt – der Luxemburger Aktiengesellschaft PAYCO. PAYCO kontrolliert in Paraguay knapp 150.000 Hektar Land. Land, das dringend für eine Landreform benötigt würde.

Die Agrarminister:innen müssen die Rechte derer, die das Land bewirtschaften und von ihm leben, stärken und anerkennen!

Hinter der Finanzialisierung von Land stehen die Interessen von Kapitalinvestoren und Agrarindustrie. Eine Finanzialisierung trägt zur Vertreibung von Menschen sowie zum Artensterben und zur Verschärfung der Klimakrise bei. Aus unserer Perspektive bräuchte es hingegen mehr bäuerliche Landwirtschaft, Agrarökologie und Landreformen.

Von den Agrarminister:innen, die beim GFFA zusammenkommen, erwarten wir, dass sie in ihrem Communiqué festhalten:

1. das Versprechen der VGGT umzusetzen, die Landpolitik in ihren Ländern so zu gestalten, dass diese insbesondere **marginalisierten Gruppen zugutekommt** (Leitlinie 1) und Diskriminierungen jeglicher Art – auch auf Basis finanzieller Möglichkeiten (Leitlinie 4.2) – entschlossen entgegentritt;
2. sich für nationale und darüber hinaus für eine multilaterale **Strategie zur Umsetzung der UNDROP** und des Rechts auf Land einzusetzen;
3. das 10-jährige Jubiläum der VGGT dafür zu nutzen, um der **Finanzialisierung von Land durch Aktienfonds und Rentenkassen entgegen zu treten**;
4. sich für eine **globale Landreform** und zu definierende Landbesitzobergrenzen stark zu machen;
5. den Zusammenhang zwischen Landgrabbing, Landvertreibung, industrieller Landwirtschaft, Artensterben und Klimawandel anzuerkennen und sich für eine **agrarökologische Landwende** einsetzen.

Für den deutschen Kontext bedeutet dies:

Zur Sicherstellung einer breiten Streuung von Grund und Boden sollten die folgenden Maßnahmen ergriffen werden:

1. Erfassung und **Reglementierung von Anteilkäufen** im Sinne des Grundstücksverkehrsgesetzes und einer breiten Streuung von Grund und Boden sowie Besteuerung derselben in Höhe der erworbenen Anteile;
2. **Stärkung des Vorkaufsrechts für bäuerliche Betriebe**;
3. Umsetzung einer wirksamen **Kauf- und Pachtpreisbremse**;
4. Schaffung eines **Bodenfonds** für Existenzgründer:innen und bäuerliche Betriebe;
5. Anzeigepflicht für Landpachtverträge sowie **Umsetzung eines Drittschutzrechtes** für Pächter:innen;
6. Umsetzung einer **Freibetragsreglung bei der Grunderwerbssteuer für Existenzgründer:innen** und Betriebe mit wenig Eigenland sowie Einführung eines progressiven Grunderwerbssteuersatzes für Akteure mit viel Landeigentum;
7. Absenkung des **Flächenverbrauchs bis zum Jahr 2030 bundesweit auf unter 20 Hektar pro Tag**;
8. Verpachtung öffentlicher **Flächen nach Gemeinwohlkriterien**;
9. Vorgehen bei einer Initiative zu einer gemeinwohl- und menschenrechtsbasierten und an der UNDROP und den VGGT orientierten **Direktive zu Land bei der Europäischen Union**.

Die Grundprinzipien der VGGT wie u.a. Rechenschaftspflicht, Nicht-Diskriminierung und Teilhabe (Leitlinie 3) sowie spezifische Leitlinien zu den folgenden Maßnahmen sollten dabei angewendet werden.